











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Der reguläre Politikbetrieb kann durch die Flüchtlingskrise inhaltlich wie handlungstechnisch in den Hintergrund gedrängt werden. Eine Trendabkehr ist nicht erkennbar. Ob und wie sich die neue Linie der SPD zu Cannabis durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Die Union ist hier sehr skeptisch.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die offenere Haltung in Opposition und Teilen der SPD zu Cannabis bildet vordergründig ein derzeit etwas positiveres Grundrauschen bzgl. Genussmittelregulierung. Es bleibt abzuwarten, ob Doppelstandards bestehen bleiben (mehr Nikotin- und weniger Cannabis-Regulierung).	
Bundesrat, Bundesländer	Die Kabinettsumstellung in NRW bringt neue Ansprechpartner. Aber ein Wechsel in der Regulierungspolitik ist damit noch nicht eingeleitet. Dasselbe gilt für die Wiederwahl der Ausschussvorsitzenden im Bundesrat.	
Verwaltung	Die neuen Ziele der WHO zur Tabakreduzierung in Europa können lang- bis mittelfristig Aktivitäten von Verwaltung und NGOs nach sich ziehen und Druck auf Entscheider aufbauen.	
Fachcommunity	In der Fachcommunity ist weiterhin kein eindeutiger Trend zu beobachten. Befürworter und Gegner halten sich die Waage.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 22.09.2015

Meldung: Die Europäische Kommission erwägt binnen der nächsten drei Wochen Delegated Acts (verbindliche Durchführungsbestimmungen) zur EUTPD zu erlassen. Das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium will daher diese neuen Regelungen abwarten und seinen Entwurf anpassen. Der Entwurf soll Ende Oktober (genaue Termine noch nicht genannt) in Anhörungen besprochen, daraufhin bei Bedarf abgeändert und Anfang November ins Kabinett eingereicht werden.

Rainer Spiering (MdB, SPD, Berichterstatter für Tabakpolitik) hatte am 07.09.2015 ein Gespräch im BMWi über EUTPD-Themen wie Werbeverbote, Einheitsverpackung und Umsetzungsmöglichkeiten der Übergangsfristen für die Tabakwirtschaft.

Einordnung/Empfehlung: Es gilt weiter Unterstützer im Parlament zu informieren. Da der BfTG in den Verteiler zur Anhörung beim BMEL (Dr. Schaub) aufgenommen wurde, gilt es, sich auf die angekündigte Anhörung im Ministerium vorzubereiten. Daneben werden wir uns um die frühzeitige Beschaffung der Entwürfe der Durchführungsbestimmungen bemühen. Das erhöht die Reaktionsfähigkeit. Ggf. müssen wir an der Stelle noch einmal WilmerHale einschalten. Spiering hatte in der Vergangenheit vor allem Kontakt zu „Big Tobacco“. Es ist anzunehmen, dass er vor allem deren Sichtweise bzw. spezifischen Belange zu E-Zigaretten (hier vor allem wohl BAT und PMI) im Auge hat.

Laut Unionsfraktion dominiert derzeit das Thema Flüchtlinge das gesamte politische Handeln. Das Issue kann die politische Agenda und Aufmerksamkeit der nächsten Woche signi-

fikant (auch spontan) verändern. Das kann bedeuten: a) Tabakgegner können die Bindung der Aufmerksamkeit nutzen, um strikte Regelungen durchzusetzen. b) Verzögerung des Gesetzgebungsprozesses (z.B. Kabinettsbeschluss). Zwar verschafft eine Verschiebung mehr Vorbereitungszeit. Sie gibt allerdings auch der Tabakwirtschaft und Kritikern mehr Raum, sich für Ihre Belange einzusetzen. c) die Abgeordneten „winken“ den Entwurf ohne größere Änderungen durch, um sich auf die tagespolitischen Belange (z.B. Flüchtlinge, IS, Griechenland) konzentrieren zu können.

Quelle: u.a. persönliche Gespräche

Datum: 11.09.2015

Meldung: Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (MdB, CSU) schreibt in einem Namensartikel zur aktuellen Diskussion zur Lebensmittelregulierung: „Ein Werbeverbot ist ein starker Eingriff, den ich nur bereit bin vorzunehmen, wenn es absolut unabdingbar ist.“ Er meldet verfassungsrechtliche Bedenken bei einem „Totalverbot“ an. Statt auf Verbote und Strafsteuern setzt Schmidt auf Bildung und Transparenz. „Verbote laufen hier ins Leere. Wir müssen stattdessen das Bewusstsein schärfen.“, zitieren ihn Medien im Zuge der Debatte um Energydrinks. Dazu passt auch die Aussage der Leiterin Öffentlichkeitsarbeit des BMEL, Corinna Trips, die von einer klaren „wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung“ Ihres Hauses sprach. Laut der Vorsitzenden des Verbraucherausschusses, Renate Künast (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) reichten (solche) Appelle nicht aus. An die Adresse der Regulierungskritiker: Wer von Feldzügen gegen Genussmittel rede, reagiere unseriös.

Einordnung/Empfehlung: Schmidts geäußerte allgemeine Position zu strikten Regulierungen sind brauchbare Verweise bei Gesprächen mit Unions-Abgeordneten. Schmidt liefert zudem einen Ansatzpunkt für die Diskussion zur Werberegulierung von E-Zigaretten. Beachten: Hinweise auf eigene Aktivitäten zur Verbraucheraufklärung etc. können bei Stakeholdern aufgrund negativer Erfahrungen mit der Tabakbranche Ressentiments hervorrufen. Der BfTG sollte weiter an allen geeigneten Stellen dezidiert auf seine Maßnahmen der „Selbstregulierung“ hinweisen. Künasts Aussagen bestätigen die beobachtete inhaltliche Spaltung der Grünen: zum einen pro Regulierung, zum anderen Einsatz für die Lockerung des Cannabisverbotes.

Quelle: tagesspiegel.de/deutsche-apotheker-zeitung.de (Schmidt), tagesspiegel.de (Künast)

2.2. Bundestag

Datum: 15.09.2015 / 10.09.2015

Meldung: Der Arbeitskreis Drogenpolitik (Koordinator Burkhard Blienert, MdB, SPD, drogenpolitischer Beauftragter) fordert in seinem neuen Positionspapier die Lockerung der Cannabispolitik: Kontrollierter Anbau und Verkauf an Erwachsene. „Drogen sind nicht cool sondern schädlich, ein Recht auf Rausch für alle wird es nicht geben.“, schränkt Blienert ein. Die gesundheitspolitische Sprecherin Hilde Mattheis kann sich vorstellen, entsprechende Forderungen in das SPD-Wahlprogramm einfließen zu lassen. Die Autoren plädieren für eine „angemessene Balance“ der Bedürfnisse der Menschen sowie der politischen Zielsetzungen und verweisen dabei auf die Beispiele von Alkohol und Tabak.

Die Grünen setzten sich bereits länger für die Legalisierung von Cannabis ein. Die gesundheitspolitische Sprecherin Klein-Schmeink (MdB) zählt zu den prominenten Befürwortern. Bei

Die Linke gilt Frank Tempel (MdB, drogenpolitischer Sprecher) als aktiver Liberalisierungsbe­fürworter. Er engagiert sich sehr aktiv in der internationalen Organisation LEAP (Law En­forcement Against Prohibition), ist Gründungsmitglied der jüngst aufgebauten deutschen Sektion – www.leap.cc

Eine neue Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) vermeldet der­weil einen Anstieg des Cannabiskonsums (2014: 17,7%; 2008: 11,6%). Bundesdrogenbeauf­tragte Marlene Mortler (MdB, CSU) spricht unter diesem Eindruck gegen eine „Verklärung“ aus und konstatiert: „Offenbar wirkt sich die Gesundheitsgefahren verharmlosende Argumen­tation der Befürworter einer Legalisierung von Cannabis bereits negativ aus.“

Einordnung/Empfehlung: Das Engagement für Cannabis bietet die Gelegenheit für Forde­rungen zur Regulierung von E-Zigaretten mit Augenmaß. Die Wissenschaft ist bei Cannabis wie bei E-Zigaretten gespalten. Eine unterschiedliche Härte mindert die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Parteien, wenn sie sich einerseits gegen Mortler stellen (Cannabis), ihr aber andererseits folgen würden (E-Zigaretten). Die aktuellen Entwicklungen bieten Anlässe für Gespräche z.B. mit Blienert über die Eckpfeiler der Genussmittelregulierung und Ausbalan­cierung der Interessen von Verbrauchern und Politik. Wenn die neuen Vorstöße sich nicht als Strohfeuer entpuppen, sind Gespräche mit Cannabisbefürworter sonst tabakskeptischer Parteien eine erweiterte Option. Hier bietet sich Frank Tempel an, da er zudem seinen Wahl­kreis in München hat. Die BfTG sollte hier das Gespräch suchen, ihn ggf. zu Happy Liquids und/oder iSmokeSmart (Shop) einladen.

Quelle: fes.de (Paper) , vorwaerts.de , burkhard-blienert.de , hilde-mattheis.de , bzga.de (Pressemitteilung), bzga.de (Kurzfassung) , bzga.de (Studie) , klein-schmeink.de (Beispiel) , frank-tempel.de

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 21.09.2015

Meldung: NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) bildet ihr Kabinett um. Neuer Arbeitsminister wird der bisherige stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Rainer Schmeltzer. Das Familienministerium übernimmt SPD-Bundestagsabgeordnete Christina Kampmann. Der Chef der Staatskanzlei, Franz-Josef Lersch-Mense (SPD), wird zusätzlich Europa- und Medienminister. Die drei sind (un)mittelbar mit der Tabakregulierung betraut (z.B. Jugendschutz, Rauchverbot am Arbeitsplatz, Medienwerbung). Sie haben sich noch nicht öffentlich zu E-Zigaretten oder Tabak positioniert.

Einordnung/Empfehlung: Die drei Minister werden derzeit auf die Einarbeitung sowie der Bewältigung landesspezifischer Herausforderungen (z.B. Flüchtlingskrise, Arbeitslosigkeit, Kita-Versorgung) fokussiert sein. Das bietet im Worst Case-Szenario Kritikern wie Gesund­heitsministern Steffens (Bündnis 90/Die Grünen) Spielräume. Alle drei sind jedoch kaum be­kannt. Sie werden daher versuchen, sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten rasch einen Namen zu machen: ein mögliches Szenario wäre, dass sie sich gegen Steffens die strikte Regulierungspolitik stellen.

Quelle: land.nrw

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 14.09.2015

Meldung: Niederösterreichs Gesundheitslandesrat [entspricht einem Landesminister in Deutschland] Maurice Androsch (SPÖ) plant ein Verkaufs- und Konsumverbot für Minderjährige von E-Zigaretten/E-Shishas. Dazu möchte er das Landesjugenschutzgesetz ändern. Der Gesetzgebungsprozess startet in der KW 39. Anders als in den Medien gemeldet, befasst sich der [Gesetzesantrag](#) wörtlich nur mit E-Shishas. Das Wording bietet allerdings Interpretationsraum. Androsch reagiert damit auf neue Erkenntnisse zur Raucherquote von Jugendlichen in Niederösterreich (30%). Ob sein Antrag im Landtag durchkommt, ist ungewiss. Die ÖVP lehnte seinen ersten Versuch 2014 ab. Sie bezweifelt die Wirkung von Verboten. In Wien werden derweil ab Oktober E-Zigaretten im ÖPNV untersagt.

Einordnung/Empfehlung: Österreich gilt bislang als eines der „letzten Raucherparadise“. Eine ausbalancierte Regulierung kann somit ein glaubwürdiges Beispiel für Deutschland sein. In Europa zeichnet sich ein Trend zum Mindestverkaufsalter von 18 Jahren ab. Wir empfehlen daher, einen Fokus auf den Erhalt der Werbefreiheit und des Konsums in der Öffentlichkeit zu legen.

Quelle: [kurier.at](#) , [heute.at](#), [kurier.at](#)

Datum: 10.09.2015

Meldung: Medien zufolge will das irische Gesundheitsministerium das bestehende Rauchverbot nicht auf E-Zigaretten ausdehnen, u.a. aufgrund der geringen Datenbasis über deren Schädlichkeit. Unternehmer sollen künftig weiter über den E-Zigarettenkonsum in den Firmen entscheiden. Für Verkaufsstellen und Lokale, in denen E-Zigarette genutzt werden dürfen, wolle das Ministerium ein Lizenzsystem einführen. Geplant sei zudem ein Mindestverkaufsalter von 18 Jahren. Die Novelle im Zuge der EUTPD ist für Mai 2016 geplant.

Einordnung/Empfehlung: Irland gilt als Vorreiter in der Tabakregulierung. Es steht nicht im Verdacht, sich an den Bedürfnissen der Branche zu orientieren. Mit einer ausgewogenen Regulierung kann Irland als Positivbeispiel zur Ausbalancierung von Konsumentenwünschen und Gesundheitspolitik angeführt werden. Wir empfehlen solche Entwicklungen über die BfTG-Homepage zu kommunizieren. Derlei Beispiele liefern uns weitere Argumente für unsere Positionspapiere und Stakeholdergespräche.

Quelle: [irishexaminer.com](#) , [rte.ie](#)

2.5. Fachcommunity

Datum: 18.09.2015

Meldung: Eine US-Magazin Cancer Prevention Research veröffentlichte Studie erläutert, dass die parallele Nutzung von Tabak- und E-Zigaretten nicht zu einer (erwarteten) erhöhten Belastung der Konsumenten führt. Die Forscher stellten ein deutliches Absinken von Kohlenmonoxid und Akrolein bei den Probanden fest. Am stärksten sei der Rückgang bei Teilnehmern, die komplett zur E-Zigarette wechselten.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie lässt sich in der Entscheiderkommunikation nutzen; insbesondere als Gegengewicht zu den Meldungen über die Schädlichkeit von Passivrauch.

Quelle: liquid-news.com , cancerpreventionresearch.aacrjournals.org , ncbi.nlm.nih.gov

Datum: 18.09.2015 / 14.09.2015

Meldung: Die Fachwelt greift nun eine im Sommer herausgegebene Studie auf: Die Untersuchung britischer, niederländischer und amerikanischer Wissenschaftler über die Effekte des Rauchverbots in Großbritannien stellt eine Verringerung der Zahl der Totgeburten um fast 8% fest. Die Anzahl der Babys, die kurz nach der Geburt verstarben, sank auch um etwa 8%. Nach Eigenangaben ist es die erste Studie dieser Art. Sie umfasst nicht E-Zigaretten.

Eine US-amerikanische Studie zur Wirkung von Tabakrauch bei Rauchern und Passivrauchern gibt Hinweise auf unterschiedliche Belastungen: Der Münchner Professor [Hermann Füleßl](#) kommt bei seiner Bewertung der Studie zu dem Schluss, dass Passivrauchen möglicherweise relativ gefährlicher sei, da ein größerer Anteil des wesentlich toxischeren Nebenstromrauchs eingeatmet werde. Füleßl verweist aber auch auf Schwachstellen der Studie.

Einordnung/Empfehlung: Solche Studien bieten Kritikern Anlässe, einen strikten umfassenden Nichtraucherschutz zu fordern. Da in der Nichtraucherschutzdebatte oft nicht zwischen Tabak- und E-Zigarette differenziert wird, ist es notwendig in der Entscheiderkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit auf die Unterschiede hinzuweisen.

Quelle: ed.ac.uk , kinderaerzte-im-netz.de , nature.com (Studie) / aerztezeitung.de , journal.publications.chestnet.org

Datum: 12.09.2015

Meldung: Eine weitere Studie bestätigt Kritiker, die E-Zigaretten als Einstiegsinstrument in den Tabakkonsum sehen (siehe Report 3 zu Studien im Fachblatt JAMA). Laut Untersuchungen der Universität Pittsburgh stiegen innerhalb eines Jahres 37.5% der befragten E-Zigarettenkonsumenten auf Tabak um. Die Autoren leiten daraus u.a. den Bedarf an einem Mindestverkaufsalter ab. Kritiker monieren, dass die Autoren den Konsum von Snus und Shishas in der Testgruppe nicht berücksichtigt haben. Beide gelten ([von denselben Autoren!](#)) als Triebfedern für den Tabakzigarettenkonsum. Dadurch seien Ergebnisse verfälscht. Andere wie der österreichische Professor Bernd Meyer beanstanden die Rezeption durch Medien, die die Korrelation und Kausalität nicht beachten und daraus falsche Schlüsse ziehen.

Einordnung/Empfehlung: Wir empfehlen insbesondere die Kritik an der Studie in die Öffentlichkeitsarbeit (Homepage, Gespräche etc.) aufzunehmen.^[KJ1]

Quelle: nzz.ch , jamanetwork.com , rodutobaccotruth.blogspot.de , aerztezeitung.de , tobaccoanalysis.blogspot.co.at

Datum: 09.09.2015

Meldung: Der Athener Mediziner und E-Zigaretten-Fachmann Konstantinos Farsalinos und der britische Blogger Clive Bates (auf unserer Unterstützer-Liste) engagieren sich seit dem Frühjahr gegen einen Artikel im New England Journal of Medicine zu E-Zigaretten. Sie kritisieren u.a. Aussagen, das Krebsrisiko von E-Zigaretten sei 5-15mal höher als bei Tabakziga-

retten. Ihnen zufolge schrecken derlei (Falsch)Aussagen Tabakraucher vom Wechsel zur E-Zigarette ab. Beide veröffentlichen nun die Korrespondenz und Argumente für Ihre Beanstandung. Sie monieren z.B. unrealistische Rahmenbedingungen bei den Laborversuchen – wie etwa die fehlende Berücksichtigung des Überhitzungsphänomens „dry puff“ – und darauf basierende verfälschte Berechnungen des Krebsrisikos. Unterstützung kommt von 40 internationalen Fachleuten.

Einordnung/Empfehlung: Tabakgegner arbeiten erfolgreich in mehr oder weniger losen Kooperationsverbänden. Die Schaffung einer offen-flexiblen Allianz auf nationaler und europäischer Ebene von E-Zigaretten-Befürwortern und -Wirtschaft kann ein Gegengewicht darstellen, auch mit Blick auf die großen Tabakunternehmen.

Quelle: clivebates.com , onlinelibrary.wiley.com (Leserbrief) , onlinelibrary.wiley.com (Argumentationspapier) , onlinelibrary.wiley.com (Brief Fachleute)

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 18.09.2015

Meldung: Auf der europäischen WHO-Regionalkonferenz stellte Kristina Mauer-Stender, Programm-Managerin für Tabakkontrolle, die nächsten Schritte vor. Die WHO will bis 2025 den Anteil der Raucher (Prävalenz Tabakkonsum) um 30% senken. Dazu solle der Tabakkonsum weiter „denormalisiert“ werden. Zu den favorisierten Maßnahmen zählen die Durchsetzung von Nichtraucherschutz (insbesondere ggü. Minderjährigen) und umfassenden Werbeverboten, Aufklärung und Sponsoringverbote. Frankreich betonte, dass einige europäische Staaten (keine Nennung!) zum Schutz der strikten Regulierungen ggü. Klagen der Tabakwirtschaft kooperierten.

Einordnung/Empfehlung: Auch ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit sind diese Pläne nicht zu unterschätzen. Die WHO ist für viele Staaten Orientierungspunkt. Sie nutzt zudem ihre informelle und formelle Macht, um die Gesundheitspolitik von Staaten zu prägen. Beispiele wie Zucker, Salz und Fett zeigen die Wirkmächtigkeit der WHO. Die Organisation könnte jedoch versuchen, das verbindliche [FCTC](http://www.fctc.org/) auszuweiten.

Quelle: euro.who.int

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 18.09.2015

Meldung: Am Rande der InterTabac plädiert der Deutsche Zigarettenverband (DZV) für eine eins zu eins-Umsetzung der EUTPD. Die Tabakwirtschaft moniert das Verbot der Tabakwerbung, Samplings sowie von Inhaltsstoffen (ohne wissenschaftlichen Nachweis zu deren Schädlichkeit). Insbesondere betont der DZV die Erfolge der Selbstregulierung. Er beanstandet die knappe Zeit bei der Umstellung der Rezepturen sowie Verpackungen und verweist dabei auf ein Gutachten der Technischen Hochschule Leipzig. Der DZV nutzt das Argument eines (möglichst) einheitlichen Binnenmarktes: Nationale Alleingänge schadeten Staatshaushalt (geringere Steuereinnahmen, Schmuggel) und Wirtschaft (eingeschränkte Produktvielfalt).

Der Verband der deutschen Rauchtobakindustrie lehnt sich in Kritik und Argumentation an den DZV an. So auch der Verband der Zigarrenindustrie, der den wirtschaftlichen Schaden durch vielzählige Verpackungsänderungen moniert und vor Arbeitsplatzverlusten warnt.

Auch der Bundesverband der Tabakwareneinzelhändler (BTWE) verwehrt sich gegen die striktere Umsetzung der EUTPD wie vom BMEL vorgesehen. Der Verband befürwortet jedoch die geplante Regulierung der E-Zigarette. Dies beseitige rechtliche Unsicherheiten, schaffe einen hohen Qualitätsstandard und Verbraucherschutz. Er sieht darin die Basis, die E-Zigarette „dauerhaft zu einer neuen margenstarken Sortimentserweiterung“ zu entwickeln. Der BTWE sieht in dieser „marktkonformen Regulierung“ Chancen für den Handel, zumal der Verband auch den Versandhandel ins Auge fasst.

Einordnung/Empfehlung: Die Positionierung der Tabakunternehmen ist nicht verwunderlich. Das gilt auch für die Zurückhaltung bzgl. E-Zigaretten, obwohl alle in diesem Segment tätig werden. Die Aussagen des BTWE mutet wie die Taktik von PMI an, sich dem Regulierer anzunähern, um härtere Regelungen zu vermeiden. Sie können Regulierungsbefürworter (unfreiwillig) zu weiteren Schritten animieren. Zudem wirkt das „Bekenntnis“ zur Regulierung der E-Zigarette in dem Referentenentwurf undifferenziert, blendet die erheblichen Nachteile völlig aus. Wir empfehlen den engen Dialog mit dem BTWE/Handel, um klare und brancheneinheitliche Botschaften an die Entscheider zu senden. Denn: Uneinigkeit verringert die eigene Wirksamkeit und spielt Kritikern in die Hände. Bei den Tabakfirmen bietet sich BAT zu ersten Sondierungen an. Das Unternehmen ist im Vergleich am weitesten im DZV mit E-Zigaretten befasst.

Quelle: zigarettenverband.de , verband-rauchtobak.de , tabakwelt.de , finanzen.net

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
28.09.2015	Vorschlag für die Wahl der/des Ausschussvorsitzenden (voraus. Ministerin Höfken, Grüne, Rheinland-Pfalz)	Bundesrat, Agrar- und Verbraucherausschuss	Berlin	bundesrat.de
29.09.2015	Herbstfest AOK-Bundesverband	AOK	Berlin	aok-bv.de
30.09.2015	Vorschlag für die Wahl der/des Ausschussvorsitzenden (voraus. Ministern Bachmann, CDU, Saarland)	Bundesrat; Gesundheitsausschuss		bundesrat.de

Monitoringreport Nr. 04 (Kalenderwochen 38 und 39)

30.09.2015	TourismusDialog zum Drogenkonsum (u.a. mit Marlene Mortler)	TourismusDialog Berlin	Berlin	tourismusdialog.berlin
01.10.2015	Vorschlag für die Wahl der/des Ausschussvorsitzenden (voraus. Ministerin Aigner, CSU, Bayern; Minister Walter-Borjans, SPD, NRW; Minister Bischoff, SPD, Sachsen-Anhalt)	Bundesrat, Wirtschaftsausschuss, Finanzausschuss, Jugendausschuss	Berlin	bundesrat.de , bundesrat.de , bundesrat.de
2./3.11.2015	Publisher's Summit / Night	VdZ	Berlin	publishers-summit.vdz.de
20.11.2015	Nacht der Familienunternehmer	Die Familienunternehmer / ASU	Düsseldorf	familienunternehmer.eu

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.